

## Editorial

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße die Mitglieder von INFO-DIENST II. Aufklärung e.V. Es ist vorgesehen, daß die Mitglieder dieses Vereins geschlossen Abonnenten des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK werden. Der Beschluß soll Ende September auf einer Mitgliederversammlung fallen. Diese Initiative ist nachahmenswert. Ich bin bereit, über die Konditionen zu verhandeln

Ferner weise ich Sie auf den Buchprospekt hin, welches ich den Ausgabe beilege. In der Ausgabe März/April 2002 hatte ich einen Beitrag, in dem auch über die Brücke von Varvarin berichtet wurde, abgedruckt: Er trug die Überschrift Internationales Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien und berichtete über die Klage der Bombenopfer der jugoslawischen Kleinstadt Varvarin „,, gegen die Bundesrepublik Deutschland. Ich freue mich sehr, daß der Scheunen-Verlag zu diesem Thema eine Broschüre herausgebracht hat, und daß Leser Franz Vogler der Herausgeber ist. Das Buch biete ich in der beiliegenden Bestellliste an.

Der August wurde von Nachrichten über erdweite Überschwemmungen beherrscht. Wir Deutschen neigen gerne zu einer klagenden Nabelschau; deshalb muß festgehalten werden, daß zu fast gleicher Zeit zahlreiche osteuropäische Länder, aber auch Mallorca, Österreich, in Asien Indien, Bangladesch, Südkorea und China sehr betroffen sind. In anderen Erdteilen herrscht Dürre, was genau so schlimm ist. In der Antarktis ist von der globalen Erwärmung nichts zu spüren. Das deutschsprachige ARGENTINISCHE TAGEBLATT meldet in der Ausgabe vom 10. August für die Antarktis einen besonders strengen Winter. Zum Thema Flut finden Sie auf den Seiten 2 ff. einen ausführlichen Beitrag.

Die Medien beschäftigen sich den Tagen, während ich das Editorial schreibe, mit einem möglichen Krieg der USA gegen den Irak. Sie finden auf den Seiten 5ff. Beiträge zu diesem Thema.

Was veranlaßt Bundeskanzler Schröder mit Blick auf die us-amerikanischen Kriegsvorbereitungen gegenüber dem Irak den USA die Gefolgschaft aufzukündigen und von einem "deutschen Weg" zu sprechen? Was veranlaßt seinen Herausforderer Stoiber, nach einigem Hin und Her, ebenfalls den US-Amerikanern die Gefolgschaft zu versagen und von einem ebenso nebulösen "europäischen Weg" zu reden? Was veranlaßt den grünen, besonders USA-treuen Außenminister Fischer, in die gleichen Hörner zu stoßen? Mit einem Mal ist ganz Mittel- und Westeuropa gegen den Rohstoffkrieg im Nahen Osten, obwohl noch vor vier Jahren, als es um eine Sinnggebung für die NATO und die Bundeswehr ging, Rohstoffkriege zur Sicherung unseres Wohlstandes für dringend erforderlich und legitim erklärt wurden. Die Gesinnung, die hinter solchen Zielsetzungen steckt, entspringt doch der gleichen Unkultur des westlichen (europäisch-amerikanischen, christlich-jüdischen) Wertesystems, welches allen Völkern und Kulturen dieser Erde zwangsverordnet werden soll. Bundeskanzler Schröder sprach angesichts der Katastrophe vom 11. September 2001 von den "Werten unserer Zivilisation", die mit "bedingloser Solidarität" verteidigt werden müssen.

Der Wahlkampf kann doch für die Aufkündigung der Gefolgschaft gegenüber den USA in Sachen Irak nicht verantwortlich sein!? Wenn das Wahlkampfmanöver sein sollten, setzt das voraus, daß die Protagonisten den Eindruck haben, daß es eine entscheidend große Gruppe von Wählern gibt, die nur die Parteien wählen, die für den Frieden im Nahen Osten eintreten. Ich nehme nicht wahr, daß sich die Innenpolitik so zuspitzt, abgesehen von der Konkurrenz zwischen der PDS und von Bündnis 90/Die Grünen um die Stimmen der Pazifisten.

Ich habe meine eigene, private Umfrage gemacht; sie ging unentschieden aus. Ein Teil der Befragten meinten, die Bevölkerung interessiere sich nicht für einen Krieg, der noch nicht stattfindet, die anderen machen eine deutliche Gegnerschaft aus. Interessant war auch der Korrespondentenbericht aus

IMPRESSUM .....  
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafu.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement € 15,60, Ausland € 18,- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Bosnien, wo der neue Bundesverteidigungsminister die deutsche Truppe besuchte. Es war von Diskussionen die Rede, in denen sich die Soldaten negativ über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan äußerten.

Die politische Klasse in Deutschland wird nicht verhindern können, daß die US-Amerikaner, sollte es zu einem neuen Nahostkrieg kommen, skrupellos die Militärbasen in Deutschland benutzen werden.

Und was ist mit den sechs Spürpanzern > Fuchs < der Bundeswehr in Kuwait? Warum werden diese nicht zurückgezogen? Was haben sie dort zu suchen? Es war doch von vornherein klar, daß die Kuwaitis nichts mit dem "Terror" zu tun hatten. Der aggressive Blick aller am Rohstoff Öl Interessierten war von vornherein auf den Irak gerichtet.

Eine der Voraussetzungen für eine europäische Politik und für einen Widerstand gegen den Imperialismus der USA wäre eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik, ein Begriff, für den es sogar schon eine Abkürzung gibt: GASP. Abgesehen von den Eitelkeiten nationaler Außenpolitiker in Europa, gibt es den britischen Separatismus, der durch eine besondere Affinität ("Wesensverwandtschaft") Londons gegenüber Washington gespeist wird. Auf Seite 4 ff. finden Sie dazu einen Beitrag. GASP wäre der bescheidene Anfang für eine gesamteuropäische Neutralität, die aktiv für den Ausgleich der ökonomischen und ökologischen Interessen auf dieser Erde eintritt. Diese gesamteuropäische Neutralität zu erreichen, ist eines der Ziele des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK.

Am 31. August haben sich die europäischen Außenminister in Helsingör/Dänemark ohne Vereinbarungen über eine GASP getrennt. Eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik (GASP) findet vorerst also nicht statt. Wird Bundeskanzler Schröder, wenn er die Wahl gewinnen sollte, wieder seine uneingeschränkte Solidarität mit der us-amerikanischen Regierung erklären, so wie es ein Bundeskanzler Stoiber mit ziemlicher Sicherheit auch tun wird?

Die Wahlen sind schon vorbei, wenn Sie diese Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes erhalten. Auf Seite 7 habe ich noch einmal einen Aufruf vom Omnibus für Direkte Demokratie abgedruckt. Sollten Sie nicht zur Wahl gegangen sein, können Sie Ihre Wahlbenachrichtigungskarte auch nach dem 22. September an die genannte Adresse schicken. Wir brauchen dringend Direkte Demokratie, um, Sie werden es auf Seite 2 lesen, die Despotie der Bürokratie aufzubrechen. Wir werden darüber hinaus von viel zu vielen Lobbyisten fremdbestimmt, von Gewerkschaften und deren Funktionären, die keine demokratische Legitimation besitzen, von "Unternehmerverbänden" und deren Funktionären, die schon lange keine Unternehmer mehr sind, von einzelnen Industrien, wie z.B. der globalisierten Pharma-Industrie, die unsere Gesundheit manipuliert und ruiniert und, ebenfalls exemplarisch, die Autoindustrie, die in dieser Ausgabe mehrfach genannt wird..

Mit freundlichen Grüßen



(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 13. September 2002